

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

110 (23.4.1902) Badischer Landtag. Sitzungsbericht aus der Zweiten
Kammer. 68. öffentliche Sitzung

Badischer Landtag.

Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer.

68. öffentliche Sitzung

am Montag, den 21. April 1902.

Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Buchenberger und Regierungskommissäre.

Präsident Gönner eröffnet 4¼ Uhr die Sitzung.

Nach Verlesung neuer Einläufe und einer geschäftlichen Mittheilung des Präsidenten berichtet Abg. Fröhne namens der Kommission über den außerordentlichen Etat der Steuerverwaltung (Titel IV, §§ 1 bis 4). Zu §§ 1 bis 2 verweist der Berichterstatter auf die Erläuterungen zum Budget. Zu §§ 3 und 4 hat die Kommission Anfragen an die Großh. Regierung gerichtet, mit deren Beantwortung sich die Kommission für befriedigt erklärt.

Der Antrag der Kommission geht auf Genehmigung.

Abg. Hug verbreitet sich über den durch die Durchführung der Steuerreform verursachten Aufwand, wird aber von Präsident Gönner unterbrochen, der darauf aufmerksam macht, daß alle allgemeinen Bemerkungen wohl besser bei der Verathung des ordentlichen Etats vorgebracht würden.

Abg. Hug erklärt, er werde dann seine Ausführungen bis dahin verschieben, was Präsident Gönner als zweckmäßig bezeichnet.

§§ 1 bis 4 werden genehmigt.

Abg. Fröhne berichtet alsdann weiter auch über den außerordentlichen Etat der Zollverwaltung (Titel VII, §§ 1 bis 9, des Budgets des Ministeriums der Finanzen). Zu §§ 1 bis 4 verweist der Berichterstatter auf die Erläuterungen.

Die zu §§ 5 bis 7, 9 gestellten Anfragen der Kommission wurden von der Regierung befriedigend beantwortet.

Der Antrag der Kommission geht auf Genehmigung.

§§ 1 bis 9 werden angenommen.

Darauf wird die Sitzung auf kurze Zeit bis zum Erscheinen der Vertreter des Ministeriums des Innern unterbrochen.

Nach Wiedereöffnung der Sitzung befinden sich am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Scheutel, Ministerialdirektor Geh. Rath Geil und Direktor der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues Geh. Rath Honsell und Ministerialrath Straub.

Es wird die Verathung des Budgets des Ministeriums des Innern Ausgabebetitel XVII und Einnahmetitel IX (Verwaltungszweige der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues) fortgesetzt.

Abg. Neuwirth: Es ist sehr zu begrüßen, daß im Budget zwei Neubauten für Dienstgebäude in Rastatt und Emmendingen vorgezogen sind. Es empfiehlt sich besonders, in kleineren Landstädten selbständige Dienstgebäude zu errichten, denn die Wohnungsnoth ist da oft sehr groß. Auch in Sinsheim herrschen äußerst primitive Wohnungsverhältnisse. Ein Neubau für die Wasser- und Straßendauinspektion ist dringend notwendig. Ich bitte die Regierung, diese Verhältnisse in Sinsheim eingehend zu prüfen und sich zu überzeugen, daß die Klagen begründet sind.

In der Frage des Deck- und Flicksystems bin ich der Ansicht, daß wir im Straßenwesen ein obligatorisches System gar nicht verfolgen können. Ich hatte Gelegenheit, eine Straße zu sehen in industriereicher Gegend, deren Decke auf drei Jahre berechnet war, nach sechs Monaten aber war sie schon ganz unbrauchbar. Das bestätigt die Richtigkeit der am letzten Samstag von Herrn Geh. Rath Honsell geäußerten Bedenken. Bei solchen Straßen ergibt sich dann die Nothwendigkeit der Flickarbeit von selbst. — Das bei uns gebrauchte Material ist gut und zweckmäßig für unsere Gegend. Doch können wir auch den Porphyr nicht obligatorisch einführen. Wo ein guter Kalkstein billig zu beschaffen ist, und wo die Belastung der Straßen nicht zu groß ist, da muß man meines Erachtens den Kalkstein auch weiterhin als Schottermaterial benützen. — Man sollte mit der Anschaffung neuer Walzen nicht so sparsam umgehen, und besonders sollte man die Späthahrseimlegungen immer sofort einwalzen.

Abg. Franz: Das Decksystem, das man einzuführen begonnen hat, findet im ganzen Land großen Anklang. Das Flicksystem hatte den großen Fehler, daß die Steine

den halben Sommer über auf der Straße herumlagen, ohne eine rechte Verwendung zu finden, besonders litten die Pferde unter diesem übeln Zustand. Aber auch das Decksystem hat seine Schattenseiten, besonders da die Straßen oft wochenlang von Morgens 8 bis Abends 4 Uhr gesperrt sind. Wenn dann keine Seitenstraßen vorhanden sind, wie im Murgthal, dann bedeutet das ein sehr großer Mißstand. Ich möchte die Regierung bitten, zu erwägen, ob man in solchen Fällen die Straße nicht in zwei Abtheilungen walzen könnte, erst die rechte und dann die linke Seite, während die andere Hälfte dem Fahrwerksverkehr stets offen gehalten würde. Wenn dies nicht angängig sein sollte, so könnte man eventuell bei Nacht walzen.

Die Aufhebung der Flußbaubeiträge wird allgemein begrüßt. Diese Steuer wurde schon längst als lästig und ungerecht empfunden.

Der Oberdirektion sage ich noch den Dank Kastats dafür, daß sie die technischen Kräfte der Stadt bei der Herstellung der neuen Wasserleitung zur Verfügung stellte. Diese Wasserleitung ist zur allgemeinen Zufriedenheit ausgefallen. Kastatt hatte über 100 Jahre lang eine mit Murgwasser gespeiste Wasserleitung. Die zahlreichen großen Fabriken, die im Laufe der Zeit an der Murg entstanden, versuchten aber das Wasser derart, daß die Stadt zur Erstellung eines neuen Wasserwerks gezwungen war. Dieses erforderte aber den außerordentlich hohen Aufwand von über 500 000 Mk., und die Stadt bittet die Regierung nun mit Rücksicht darauf, daß sie ohne jede Schuld hierzu gezwungen war, um einen entsprechenden Beitrag.

Abg. Müller: Den Ausführungen, die wir über das Decksystem gehört haben, kann ich mich vollständig anschließen, und ich sage der Regierung meinen Dank dafür, daß sie diesen Weg einschlug. Diese neue Art der Straßenunterhaltung bringt zwar manche Verkehrsförderung mit sich, doch werden dieselben aufgewogen durch die erheblichen Betriebserschütterungen, die sie im Gefolge hat. Ich bitte die Regierung, möglichst badisches Material zu verwenden. Wir haben ja in den verschiedensten Gegenden unseres Landes ganz vorzügliches Material. Der Herr Direktor der Oberdirektion hat hervorgehoben, daß sich das Doffenheimer Material gut bewährt habe. Es sind in letzter Zeit zwei neue Werke entstanden in Schriesheim und in Leutershausen, beide sind Gemeindeeigentum, die Gemeinden haben sie verpachtet und beziehen einen schönen Pachtzins. In ihrem Interesse liegt es also, daß die Konkurrenz des Auslandes möglichst ferngehalten wird, dies liegt aber auch im Interesse der dort beschäftigten Arbeiter, deren Zahl sich auf Hunderte beziffert, und der badischen Bahnen, die recht erhebliche Frachteinahmen aus den beiden Werken ziehen. — Der Herr Berichterstatter hat hervorgehoben, daß bei der Verbindung der Balzarbeiten für 1902/1903 auch ein badischer Unternehmer sich beteiligte. Mit Rücksicht auf den sehr erschwerten Wettbewerb ist es sehr zu begrüßen, daß auch diesem Unternehmer ein Theil der Arbeit übertragen wurde. Sollte sich seine Arbeit als gut erweisen, so wird man ihm sicherlich bei der nächsten Submission einen größeren Theil der Arbeit zuwenden.

Ich habe schon einmal die Entwässerung des unteren Weichniggebiets erwähnt. In Hessen hat man große Erfolge erzielt mit der Entwässerung. Die Gemeindeverwaltung von Lautenbach, die am meisten daran interessiert ist, sieht sich gegenwärtig in einer ganz fatalen Situation. Die Bürgerschaft ist in großer Aufregung: ein Theil ist besorgt wegen der Art und Weise des hessischen Vorgehens und befürchtet, die badische Regierung könnte auch jetzt wieder von dem Unternehmen zurücktreten.

Dieser Theil der Bürgerschaft wäre bereit, sich eventuell an dem von Heppenheim aus in Scene gesetzten kleinen Unternehmen zu beteiligen. Der andere Theil der Bürgerschaft ist etwas ruhiger und will zuwarten, gestützt auf die Worte, die der frühere Herr Minister auf dem letzten Landtag gesprochen hat: Baden und Hessen werden das Unternehmen gemeinsam ausführen. Ich bitte die Regierung, ihre technischen Beamten möglichst bald in diese Gegend zu senden. Das wird die Bevölkerung beruhigen, wenn sie sieht, daß die badische Regierung nicht hinter der hessischen zurückstehen will. Ich bitte auch die Regierung, über den Stand der Sache Auskunft zu geben.

Zum Schluß wünscht Redner, bei der Kulturinspektion Heidelberg möge mehr Personal angestellt werden.

Abg. Mampel schließt sich dem Vorredner an und fährt fort: Als Material ist der Porphyrt unübertroffen. Dieses Material hat aber im Basalt einen starken Konkurrenten gefunden. Wie ich höre, wird den Basaltlieferanten auch Frachtermäßigung auf den badischen Bahnen gewährt. Ich meine aber, wir sollten den Porphyrt verwenden, so lange wir können.

Zum Schluß wünscht Redner, eine feste Brücke zwischen Schlierbach und Ziegelhausen errichtet zu sehen.

Abg. Goppert: Der Herr Berichterstatter hat bei der Regierung angefragt, ob ein festes Projekt für die Renchkorrektur bestehe, man habe seit dem letzten Landtag nichts mehr davon gehört. Die Gemeinde Erlach hat mir den Auftrag gegeben, wiederum der Regierung hier ihre Noth zu klagen. Seit 1885 ist in der Korrektur ein Stillstand eingetreten, weil die beteiligten Gemeinden sich über die Grundzüge derselben nicht einigen können. Die Gemeinden Rench und Erlach haben auch ein sehr nahes und bringendes Interesse an der Durchführung der Korrektur, während andere Gemeinden am unteren Laufe der Rench kein so nahes Interesse daran haben. Erlach und Rench sind immer von Hochwasser bedroht. Ich erinnere nur an die schweren Katastrophen von 1879/1880 und 1896/1897. Die Renchkorrektur ist geübt bis zu den letzten Häusern vor Erlach. Dort macht die Rench einen scharfen Bogen und ergießt ihr Wasser aus einem breiten forrigirten in ein enges unforrigirtes Bett. Wie schwer Erlach unter den hier stets sich wiederholenden Ueberschwemmungen zu leiden hat, zeigen deutlich die zahlreichen Sandbänke, die sich dort auf den Wiesen angesammelt haben. Die Wasser- und Straßenbauinspektion Offenburg hat eine Weisung erlassen dahingehend, daß an dem Damm bei der Biegung nichts geändert werden dürfe. So besteht hier die Gefahr der Ueberschwemmung immer weiter. Der Herr Minister hat am letzten Samstag die Nothwendigkeit einer solchen Korrektur anerkannt, und er hat sie in Verbindung gebracht mit einem großen Kulturwerk der Entwässerung des Maimwalds. Allein ein solches Projekt kostet sehr viel Geld, und außerdem ist das Interesse der Gemeinden sehr verschieden. Der Herr Minister glaubt, daß die Gemeinden den Gedanken noch nicht erfaßt haben, daß es sich hier um ein großes Interesse der Gemeinden handelt. Ich meine, die Regierung sollte dazu beitragen, diesen Gedanken zur Reife zu bringen. Sie sollte eine kräftige Initiative ergreifen, indem sie die Kosten eines solchen Projektes auf sich nähme. Die Inanspruchnahme der Gemeinden stünde im Widerspruch zu dem Grundgedanken eines Gesetzes, das der Herr Minister in Aussicht stellte, das für die Binnenflüsse Flußverbände schaffen soll, denen die technischen Beamten des Staates unentgeltlich ihre Arbeitskraft zu leihen hätten. Diesen Gedanken müssen wir auch auf die Renchkorrektur anwenden: der Staat als der leistungsfähigste Unternehmer muß vorgehen.

Bezüglich der Wünsche der Landstraßenwarte bin ich der Ansicht, daß die Regelung ihres Gehalts notwendig ist im Anschluß an den ortsüblichen Tagelohn ohne Einbeziehung ihres Nebeneinkommens, dessen Werth nur sehr minimal ist. Freilich, eine gewisse Ungleichheit der Gehälter wird sich bei dieser Anpassung an den ortsüblichen Tagelohn nie vermeiden lassen, einer anderen Ungleichheit könnte aber abgeholfen werden: bald hat ein Straßenwart 60 bis 80 Obstbäume zu besorgen, bald weniger, bald gar keine. Diese Obstbaumpflege erfordert viel Mühe und Arbeit, und doch beziehen die Straßenwarte hierfür keine Vergütung. Wenn wir aber wollen, daß sie mit Lust und Liebe sich der Obstbaumpflege hingeben, wenn wir wollen, daß an unseren Landstraßen musterartige Obstalleen entstehen, dann müssen wir durch Gewährung einer entsprechenden Vergütung ihr Interesse fördern. — Ein Mißstand ist auch darin zu erblicken, daß das Wasser von der Straße meist an den Bäumen vorübergeführt und in den Gräben geleitet wird, und doch könnten die Obstbäume diese Feuchtigkeit so gut brauchen! — Es wäre auch sehr interessant, wenn die Regierung uns sagen würde, welchen Ertrag diese Obstbäume an der Landstraße abwerfen. In Sachen erreichte der Obstertag im Jahre 1901 die sehr ansehnliche Höhe von 180 000 M. Ich glaube, daß auch unsere Landstraßenverwaltung mit dem Obst recht beträchtliche Einnahmen erzielen könnte.

Dann habe ich noch einen Spezialwunsch vorzutragen. Die Straße im hinteren Rendschthal befindet sich in einem sehr schlechten Zustand, sie ist so sehr aufgepflügt, daß sie eher einem ungepflügten Acker gleicht, als einer Landstraße. Je länger es dauert bis zur Einwallung, desto bedenklicher wird der Zustand. Es fehlt hier eben seit langer Zeit an genügender Unterhaltung der Straße, man hat immer zu viel gespart.

Der Abg. Haus, der an dieser Sitzung nicht teilnehmen kann, hat mich ermächtigt, hier zu erklären, daß ihm das Projekt einer Rendschforrektion sehr sympathisch sei, besonders wenn ein derartiges Kulturwerk damit verbunden werden könne.

Präsident des Ministeriums des Innern Geh. Rath Dr. Schenkel: Die Wasser- und Straßenbauverwaltung ist seit einer Reihe von Jahren bemüht, Dienstwohnungen und Bureauäumlichkeiten möglichst in staatseigenen Gebäuden für die Vorstände der Inspektionen zu beschaffen. Das Haus hat in dankenswerther Weise die hierfür angeforderten Mittel immer bereitwillig bewilligt. Auch in diesem Budget sind Mittel für zwei neue derartige Gebäude angefordert. Zu meinem großen Bedauern ist es nicht möglich gewesen, auch für Sinsheim ein solches in das Budget aufzunehmen. Was der Herr Abg. Neuwirth über die Nothwendigkeit eines solchen Neubaus gesagt hat, muß ich vollständig anerkennen. Die Vorarbeiten waren auch bereits gemacht. Wir waren aber leider genöthigt, bei der definitiven Feststellung des Budgets auch diesen Posten gleich andern aufzugeben. Ich hoffe aber, daß wir im nächsten oder wenigstens in einem der nächsten Landtage auch diesen Posten werden anfordern können.

Der Herr Abg. Franz hat mit Recht hervorgehoben, welch großes und für die Stadt Rastatt sehr werthvolles Werk in der neuen Rastatter Wasserleitung geschaffen worden ist. Es ist erfreulich, das Aufblühen der Stadt Rastatt in neuerer Zeit zu sehen, zu sehen, was die Bürgerschaft auf den verschiedensten Zweigen der Gemeindeforderungen in der Erstellung neuer zweckmäßiger Einrichtungen, wozu vor allem auch die neue Wasserleitung gehört, thut. Der Staat war auch bestrebt, die Gemeinde bei der Ausführung der Wasserleitung zu

unterstützen, was ja auch der Herr Abg. Franz anerkannt hat, indem die Mitwirkung der technischen Staatsbeamten unentgeltlich für das Unternehmen zur Verfügung gestellt wurde. Die Wasserleitung hat 500 000 M. gekostet. Ich nehme an, daß sie aber auch schon schöne Einnahmen aus Wasserzinsen zc. ergibt und daß diese später dazu ausreichen werden, nicht bloß die Unterhaltungs- und Betriebskosten der Anlage zu decken, sondern auch das Kapital zu amortisiren. Ich glaube daher, die Stadt Rastatt wird sich noch bestimmen, ob sie die Regierung um einen Staatszuschuß bitten will. Die zu solchen Unterstüzungen vorhandenen Mittel sind auch schon zum weitaus größten Theil vorgemerkt für Gemeinden, die an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Größe zc. sich mit Rastatt nicht messen können. Ich bin übrigens bereit, ein etwaiges Gesuch wohlwollend und eingehend zu prüfen, aber nicht in der Lage, schon jetzt eine Zusage zu geben, daß ihm wird stattgegeben werden können.

Der Herr Abg. Geppert ist sodann auf meine Ausführungen über den Stand der Angelegenheit der Rendschforrektion vom vorigen Landtag zurückgekommen. Es ist ganz richtig, daß es sich hier einerseits um ein großes, werthvolles Kulturprojekt, um die Ent- und Bewässerung des Raitwaldes, handelt und andererseits auch um die Weiterführung der Rendschforrektion von Erlach abwärts auf den Gemarkungen Rendsch und Wagschurst. Die Frage der Weiterführung der Rendschforrektion in einem Kanal um die Gemeinde Rendsch herum ist diesem Haus keine neue Frage. In den achtziger Jahren hat die Großh. Regierung dem Hause ein Projekt über die Weiterführung der Rendschforrektion vorgelegt, nach welchem die Staatskasse den weitaus größten Theil der Kosten übernehmen sollte. Daß der Gesetzentwurf nicht angenommen worden ist, daran sind gerade die Vertreter der interessirten Gemeinden Schuld, die es durch ihren Widerspruch herbeigeführt haben, daß die Sache bis auf den heutigen Tag liegen geblieben ist. Nach diesen Erfahrungen ist die Regierung, da sie auch in der Zwischenzeit gesehen hat, daß immer noch in den beteiligten Gemeinden selbst und zwischen diesen Gemeinden sehr verschiedene Anschauungen über die Art und Weise der Durchführung dieses Projekts herrschen, zu der Ansicht gelangt, es sei zunächst den Gemeinden zu überlassen, sich über die Sache auseinanderzusetzen. Sie hat aber den Bezirksbeamten ausdrücklich den Auftrag gegeben, unter den Gemeinden auf eine Verständigung hinzuwirken, dem, soviel ich weiß, die Bezirksbeamten auch nachgekommen sind. Der Herr Abg. Geppert hält es nun freilich für die Aufgabe der Großh. Regierung, ausschließlich auf Staatskosten das Projekt einer Rendschforrektion ausarbeiten zu lassen. Das scheint mir denn doch nach den gemachten Erfahrungen (auch beim Oberheinkanal) einigermaßen fraglich zu sein. Ich will zugeben, daß auch die Allgemeinheit an der Ausarbeitung eines solchen Projekts ein Interesse hat und daß die Staatskasse immerhin einen Theil der Kosten tragen kann, glaube aber, daß man auch den Beteiligten, die den Hauptvorteil davon haben, zumuthen kann, den größten Theil der Kosten zu tragen. Nur dann haben wir eine Gewähr dafür, daß es ihnen ernstlich darum zu thun ist, daß etwas geschieht.

Zu der Frage der Weshnigforrektion und den damit zusammenhängenden Kulturunternehmungen handelt es sich um zwei Fragen: zunächst darum, die Gebirgsbäche die sogenannten Klingel, die zwischen Weinheim und Lautenbach mit mancherlei Ueberschwemmung an der Bergstraße herabkommen, zu korrigiren und dann der Weshnig zuzuführen, sodann darum, das ganze Niederungsgebiet zwischen den beiden Weshnigarmen und links

und rechts der Weschnitz durch einen großen Entwässerungskanal zu entwässern und dadurch gleichzeitig die Grundlage für eine geordnete Bewässerung zu geben. Es wird also einerseits ein Hochwasserkanal für die Gebirgsbäche und andererseits ein Entwässerungskanal in der Niederung für deren Entwässerung in die Weschnitz einzuleiten sein. Das kann erst auf hessischem Gebiet, etwa 1 1/2 km unterhalb der badischen Grenze, geschehen. Deswegen ist es auch nötig, daß wir uns mit der hessischen Regierung ins Benehmen setzen, nicht bloß deshalb, weil die Einleitung auf hessischem Gebiet erfolgen soll, sondern auch deshalb, weil in Zukunft diese Gewässer (Gebirgsbäche zc.) in verstärktem Maße und zeitlich rascher der Weschnitz zugeführt werden sollen und es in Frage kommt, ob nicht im Zusammenhang damit das Bett der Weschnitz auf hessischem Gebiet erweitert werden sollte. Nach dem seitherigen Gang der Verhandlungen erscheint es nun immerhin als möglich, daß von einer derartigen Erweiterung der Weschnitz zunächst abgesehen werden kann. Wenn das der Fall sein sollte, so würde das die baldige Verwirklichung des Projekts wesentlich erleichtern.

Es ist dann bei den seitherigen Verhandlungen festgestellt worden, daß Hessen und Baden jedenfalls ihre Projekte nicht gemeinschaftlich auszuführen haben. Auch Hessen will ja sein Gebiet entwässern; aber es können die Entwässerungsanlagen auf badischem und auf hessischem Gebiet im wesentlichen vollständig unabhängig von einander durchgeführt werden. Es handelt sich also in diesem Augenblick nur noch darum, wie groß die Wasserzuführung der Gebirgsbäche ist, ob dadurch wirklich eine solche Wassermasse der Weschnitz zugeführt wird, daß eine Erweiterung des Weschnitzbettes notwendig ist. Wenn die Erhebungen hierüber beendet sind, dann können wir uns endgültig darüber schlüssig machen, ob und mit welchen Mitteln diese beiden großen Kulturunternehmungen ausgeführt werden sollen. Wie groß die Staatsunterstützung dazu werden wird, kann ich noch nicht sagen. Aber darauf möchte ich doch jetzt schon aufmerksam machen, daß es sich hier um mehrere Hunderttausend Mark oder um mehr als eine Million Mark Kosten handeln wird. Der Werth des Bodens in den beteiligten Gemeinden wird aber auch dadurch erheblich gesteigert werden. Jedenfalls wird die Ausführung nur dann möglich sein, wenn die beteiligten Gemeinden und Grundbesitzer selbst den Haupttheil der Kosten tragen.

Abg. Vorberer wünscht, daß die Großh. Regierung auf Reinigung des Bettes der Pfingz hinwirke, die theilweise noch nicht erfolgt sei.

Abg. Dreher bemerkt, daß es auch in seinem Bezirk mehrere unbemittelte Gemeinden gebe, die für die Aufhebung der Flußbausteuer sehr dankbar seien. — Gefreut hat mich, daß der Herr Abg. Rist sich seiner Unterbeamten, der Kulturmeister, so warm angenommen hat. Ich kann vollauf bestätigen, was der Herr Abg. Rist hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit ausgeführt hat. Ich möchte wünschen, daß diese Beamtenkategorie auch eine ihren Leistungen entsprechende Bezahlung erhält.

Hinsichtlich der Petition des badischen Geometervereins theile ich den Standpunkt der Kommission. Ich möchte dringend wünschen, daß wenigstens auf dem nächsten Landtag eine Theilrevision des Gehaltstariifs erfolgt. Neuestens interessant und belehrend waren für mich die Ausführungen des Hrn. Direktors der Oberdirektion über die Unterhaltung unserer Landstraßen. Das Flicksystem ist nicht so schlimm wie sein Name besagt. Das Decksystem empfiehlt sich nur für stark frequentirte Straßen. Bezüglich des Decksystems gilt auch: Wo viel Licht, ist auch viel Schatten.

Veranlassung, mich zum Wort zu melden haben mir hauptsächlich die Ausführungen über den Oberrheinkanal gegeben. Erstmals auf dem Landtag 1895/1896 hat sich die Budgetkommission mit diesem Projekt befaßt. Die Bemerkungen des Kommissionsberichts darüber sind nicht sehr erfreulich: „Nach Lage der Sache scheint dieses Projekt seiner Verwirklichung nicht entgegenzusetzen zu können.“ Das Projekt besteht aber trotz dieser „Veichenrede“ heute noch. Heute auf die Sache näher einzugehen würde ich, da das eine Gutachten noch aussteht, für verfräht erachten. Ich beschränke mich auf einzelne Punkte.

Der Herr Minister scheint vollständig noch auf dem Standpunkt zu stehen, den er seiner Zeit, als Regierungskommissär vertreten hat: „Die Rheinkorrektion und die dadurch bewirkte Tieferlegung der Rheinsohle steht in gar keinem Zusammenhang mit dem Rückgang der Vegetation in der Rheinebene.“ Redner vertritt den gegentheiligen Standpunkt, weist darauf hin, daß das auch die Meinung der Bevölkerung und der von der Regierung eingesetzten landwirtschaftlichen Kommission (der Redner angehört), sei.

— Ich berufe mich, fährt er fort, u. a. auf den Ausdruck eines hervorragenden Sachverständigen, eines Geologen, des Herrn Professor Dr. Neumann in Freiburg, der sagt: „Durch die Rheinkorrektion ist der Stand des Grundwassers in der Rheinebene zum Schaden der Landwirtschaft noch tiefer geworden.“ Der Rückgang der Vegetation, der Bodenretraktion infolge der größeren Trockenheit des Bodens steht in ursächlichem Zusammenhang mit der Rheinkorrektion. Bei der oberen Rheinebene ist nach Ansicht der landwirtschaftlichen Kommission eine indirekte Schädigung dadurch eingetreten, daß sich die meteorologischen Verhältnisse geändert haben, die Niederschlagsmengen während der Sommermonate wegen der geringeren Verdunstung von Wasser aus dem Rheine zum Rückgang sind. Es hat früher mehr geregnet als jetzt. Wir haben jetzt in Freiburg eine viermal so große jährliche Niederschlagsmenge als in Breisach. Die landwirtschaftliche Kommission wollte freilich trotz dieses ursächlichen Zusammenhanges der Rheinkorrektion und des Rückgangs der Vegetation nicht so weit gehen, zu erklären: infolgedessen hat auch der Staat die Pflicht, den Oberrheinkanal zu bauen. Denn sie muß auch offen bekennen, daß die Vortheile, die für unsere Rheinebene aus diesem Unternehmen der Rheinkorrektion erwachsen sind, größer sind. Diesen Standpunkt theilen auch die Bewohner der oberen Rheinebene. Der Herr Minister hat am letzten Samstag darauf hingewiesen, daß das Unternehmen nur dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn nachgewiesen sei, daß es ein rentables sei. Wenn das verlangt wird, dann ist das Unternehmen aussichtslos. Zu diesem Ergebnis ist die Kommission sofort gekommen. Es gibt aber auch Mittel, um ein Unternehmen künstlich rentabel zu machen. Das kann, wie bei unseren Nebenbahnen, durch einen Staatszuschuß geschehen. Es wird möglich sein, auch eine rentable Anlage zu erstellen, wenn ein Theil der Kosten von vornherein seitens des Staates gedeckt wird. — Auch ich bin mit dem Herrn Minister der Meinung, daß die Freunde des Unternehmens froh sein können, daß wir heute noch nicht vor der Beschlußfassung über das Projekt stehen. Dann wäre es jedenfalls aussichtslos. Ich hoffe, daß es auch hier heißt: „Gut Ding will Weile haben.“ Wenn die Verhältnisse des Staatshaushalts besser geworden sind, dann möchte ich wünschen, daß die Regierung auch mit der erforderlichen Hilfe für das Projekt eintreten wird.

Direktor der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus, Geh. Rath Goussell: Ich glaube, der Herr Abg. Dreher ist in seinen Schlüssen zu Irrthümern gelangt. Wenn man von den Folgen der Rheinkorrektion für das

Rheinthal spricht, so entstehen sehr leicht Widersprüche und Unklarheiten, weil die Verhältnisse des Rheins und des Rheinthaales von Basel bis zur hessischen Grenze keineswegs gleich sind, und außerdem sind die Wirkungen der Rheinforrektion keineswegs überall gleich quer durch das Thal.

Vor einigen Jahren ist in diesem hohen Hause auch von Beschwerden über Erhöhungen des Wasserstandes als Folge der Rheinforrektion gesprochen worden. Die Klagen waren übertrieben; aber richtig ist, daß die Senkung des Rheinbettes und damit des Wasserpiegels nicht überall in dem erwünschten Maß eingetreten ist und richtig auch, daß oberhalb des Kaiserstuhls diese Senkung das erwünschte Maß fast überschritten hat; aber man thut der Rheinforrektion zu viel Ehre an, wenn man das ihr zuschreibt. Der Rhein war hier schon von Natur in der Tieferbettung begriffen, was deutlich daraus hervorgeht, daß der Rhein oberhalb des Kaiserstuhles Hochufer besitzt. Unterhalb des Kaiserstuhls haben wir bis zur Niensch kein Hochgestade, und da hat der Rhein vor der Korrektion auch eine aufschüttende Thätigkeit entfaltet.

Die Austrocknung der Rheinebene von Rehl bis zur hessischen Grenze hat ihre Ursache darin, daß man Gewässerbildungen, die dem Fuße des Schwarzwaldes entlang bestanden haben, alle beseitigte. Die Namen Bruchthal und Bruchhausen erinnern ja noch an jene Zustände. Die oberhalb des Kaiserstuhls vor sich gegangene Senkung des Rheines — von Natur begründet und durch die Korrektion wohl beschleunigt — hat auch den Grundwasserpiegel beeinflusst. Während aber in unserer Gegend, wo diese Senkung des Grundwassers sich nicht rückwärts in die Rheinebene erstreckt, hat sich oberhalb des Kaiserstuhls bei dem lockeren Kiesboden nicht beschränkt auf die Niederung, sondern unter dem Hochgestade fortgesetzt bis gegen das Gebirge hin; eine Schädigung der Vegetation konnte, weil das Grundwasser dort überhaupt sehr tief unter der Oberfläche steht, dadurch nicht entstehen, wie schon der Herr Abg. Dreher richtig betonte. In der Niederung ist dies wohl der Fall; allein diese ist ja durch die Korrektion erst Land geworden! Es ist richtig, daß der Werth des Landgewinnes durch die Korrektion oberhalb des Kaiserstuhls geringer ist als unterhalb desselben. Das hat aber seinen Grund darin, daß das Wasser dort oben ärmer ist an Schlammtheilen als weiter unten und daß die Verlandung im wesentlichen durch Kieselagerung rasch sich vollzogen hat. Diese Rheiniederung ist es, in der man zuerst Verbesserungen durch den Kanalbau erstrebte. Zwischen Neuenburg und Breisach waren eine Anzahl Mühlen von denen mehrere mit der Zeit das Wasser vollständig verloren haben, und seit vielen Jahren bestand die Absicht, diesen Mühlen durch den Kanal wieder Wasser zuzuführen. Daneben hatte man den Gedanken, daß man diesen im Interesse der in der Rheiniederung befindlichen Mühlen zu erbauenden Kanal auch noch benützen könne zur Bewässerung der Rheiniederung. Lange Jahre war man mit diesem Gedanken beschäftigt, hielt die Zeit seiner Ausführung jedoch noch nicht für gekommen wegen der Hochwassergefahr, und weil man es für wünschenswerth hielt, daß die Verlandung weiter gehe. Als man nun vor einigen Jahren dieses Projekt bearbeitete, da stellte es sich überraschender Weise heraus, daß die Beteiligten den Kanal gar nicht wünschten. Die Gemeinden hatten inzwischen die mit gutem Boden bedeckten Flächen als Ackerfeld in Benutzung genommen und erklärten, es sei ihnen gar nicht erwünscht, wenn man dieses Ackerfeld in Grasland umwanke. Ackerfeld wird aber bei uns nicht bewässert, und damit fiel der wichtigere Grund für den Kanalbau. Da man aber nun an der Arbeit war, unterjuchte man, ob sich der Kanal auf dem Hochgestade

ausführen lasse. Dabei schien es nicht nur möglich sondern auch erwünscht, daß man das Gefälle, das daraus sich ergab, daß man sich genöthigt sah, die Wasserentnahme aus dem Rhein schon oben bei Günningen anzunehmen, besser nutzbar mache, als es in der Niederung möglich gewesen wäre. So kam man zu dem Projekt des sogenannten Obertheinkanals. Es handelt sich hier nicht um ein uraltes Sehnen der Bevölkerung, sondern um ein Projekt, das fast zufällig entstanden ist. Das andere Projekt wurde von da an gar nicht mehr behandelt.

Der Herr Abg. Dreher hat selbst zugegeben, daß die Grundwasserentnahme an dem unbefriedigenden Zustand der Vegetation auf dem Hochgestade vollständig unbetheiligt sei — die Niederung aber scheidet ganz aus — und zwar auch deshalb, weil deren Bewässerung nicht in der Absicht des Projektes liegt. Doch glaubte der Abg. Dreher einen gewissen indirekten Nachtheil der Rheinforrektion darin zu finden, daß die Niederschlagsverhältnisse sich derart geändert hätten, daß jetzt dort weniger Regen fälle als sonstwo. Dieser Nachtheil scheint mir aber doch sehr problematischer Natur zu sein. Der Regen, der bei uns im großen ganzen fällt, wird uns doch zugeweht vom atlantischen Ozean. Daß auch lokale Verschiedenheiten in der Niederschlagshöhe und -häufigkeit bestehen, ist richtig, das hängt aber mit der Luftabkühlung an dem Gebirge zusammen. Die Wasserfläche ist ja kaum gemindert, alle Altwasser bestehen noch. Der Rheingau unterhalb Mainz, wo der Rhein so breit ist, daß er geradezu seeartigen Charakter annimmt, ist die regenärmste Gegend Deutschlands. Wir haben auch in Mannheim weniger Regen als in Heidelberg, obgleich wir dort durch die weiten Hafenanlagen die Wasserfläche vergrößert haben. Die geringere Häufigkeit der Niederschläge hat also mit der Rheinforrektion nichts zu thun.

Dem Herrn Abg. Seppert kann ich erwidern, daß unser Obstertrag nicht weit zurücksteht hinter dem Sachsens, Braunschweigs, Hannover u. c. Wir nehmen durchschnittlich im Jahre 25 000 M. ein, eine Summe, die sich im Jahr 1900 auf 53 000 M. erhöhte. Der Grund, weshalb wir weniger einnahmen als die genannten norddeutschen Staaten liegt darin, daß dort das Obst bedeutend theurer ist als bei uns. Es besteht eine allgemeine Vorschrift über die Zuleitung des Straßenwassers zu den Obstbäumen, und soviel ich wahrgenommen habe, wird diese Anordnung auch befolgt. — Ich muß zugehen, daß die Strafe im oberen Neckthal nicht so ist, wie sie sein sollte; im Wesentlichen hat dies seinen Grund darin, daß diese Strafe für Neueindeckung in nächster Zeit vorgesehen wurde. Ich muß der Ansicht aber ganz entschieden entgegengetreten, sie wäre wohl besser, wenn sie in der Nähe der Residenz läge. Auf die erste Nachricht von ihrem schlechten Zustand begab sich ein Mitglied der Oberdirektion an Ort und Stelle und ordnete das Nöthige an.

Abg. Fehrenbach: Der Herr Minister hat in dem Kommissionsbericht den Ausdruck des Dankes für die Erlassung der Flußbaubeiträge vermisst. Unsere Regierung ist nun ja an ein reiches Maß von Dank seitens des Landtags gewöhnt. Die Budgetkommission hat aber gewünscht, daß eine gesetzliche Regelung in Aussicht steht, und deshalb es nicht für unangemessen gehalten, der Großh. Regierung erst bei jener Gelegenheit für die Aufhebung zu danken. — Nach der Erklärung des Herrn Ministers denkt die Regierung nicht daran, die älteren Straßenwarte in ihren Bezügen schlechter zu stellen. Damit ist dieses Mißverständnis, das nach der im Kommissionsbericht abgedruckten Auskunft der Regierung nahe lag, beseitigt. — Sehr scharf hat sich der Herr

Minister geäußert über die Petition der Geometer. Anlaß dazu lag wohl nicht vor. Redner weist auf den Beschluß des letzten Landtags in dieser Sache hin. Wenn nun die Geometer sehen, daß für andere Beamte, die Amtsvorstände, im Budget eine Theilrevision des Gehaltstariers erfolgen, sie dagegen trotz des Beschlusses des Landtags nicht berücksichtigt werden sollten, so war es natürlich, daß Vergleiche gezogen wurden, daß eine gewisse Bitterkeit Platz griff. Wir wollen eine Gehaltsrevision nur für alle Beamten. Diesen Grund unserer Ablehnung einer Theilrevision werden auch die Geometer begreifen. Inzugeben ist aber, daß hier ein wirklicher Nothstand vorliegt.

Ueber den Oberrheinkanal hat sich der Herr Minister in einer Weise geäußert, die wie eine Ablehnung klingt, was ich auch als Vertreter der Stadt Freiburg umso mehr bedauere, als nach seinen Ausführungen ein Gutachten noch nicht eingekommen ist. Die Stadt Freiburg ist an dem Projekt interessiert. Ich hoffe, daß die Vorarbeiten gründlich gemacht werden und daß das Projekt schließlich doch zur Ausführung kommen wird. Der gegenwärtige Zeitpunkt wäre allerdings dafür ungünstig. Es handelt sich um eine außerordentlich wichtige Frage auf deren Detail ich heute nicht eingehen will. An die Lösung einer Frage wie dieser, wo kein Gegensatz zwischen ländlichen und städtischen Interessen besteht, sollte man mit besonderer Lust herantreten. Die Kosten sind ja außerordentlich hoch. Ich bin natürlich nicht in der Lage beurtheilen zu können, ob sie etwa zu hoch gegriffen sind. Wenn man aber die Kosten des linksrheinischen Schiffahrtskanals gegenüberstellt, dann kommt man doch zu der Meinung, daß bei uns wohl mit etwas großen Summen gerechnet worden ist.

Wir haben auch Bahnen gebaut, die nicht rentiren, die sogar Betriebszuschüsse erfordern. Die Rentabilität des Unternehmens kann deshalb nicht entscheidend sein. Dieser Kanal würde neue große Werthe schaffen. Daß das jetzige Projekt eigentlich nur so nebenher entstanden sei, ist nicht ganz richtig. Das jetzige Projekt hängt eng zusammen mit den Fortschritten auf dem Gebiet der Gewinnung elektrischer Kraft. — Ich möchte um thunlichste Beschleunigung in der weiteren Förderung des Projekts bitten. Wenn das noch ausstehende Gutachten eingekommen ist, dann sollte das ganze noch nicht veröffentlichte Material der weitesten Oeffentlichkeit zugänglich gemacht und zur öffentlichen Diskussion gestellt werden.

Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Schenkel bemerkt, daß er am letzten Samstag natürlich keineswegs gesagt habe, die Regierung lehne es ab, das Projekt des Oberrheinischen Kanals, wenn die verschiedenen Begutachtungen abgeschlossen sein werden, zu fördern, selbst dann, wenn das Unternehmen ein bauwürdiges ist und die großen Kosten lohnt. Wenn sich also vorhin der Herr Abg. Dreher dagegen ausgesprochen hat, daß das Unternehmen ganz ausschließlich auf Kosten der Gemeinden ausgeführt werde, so kann ich erwidern, daß das auch nicht meine Ansicht ist. Stehen nach dem Ergebnis der Untersuchung wirklich die Vortheile des Unternehmens im richtigen Verhältnis zu den Kosten, dann wird der Staat mit Rücksicht auf die große wirtschaftliche Bedeutung desselben auch 1, 2 oder 3 Millionen dafür ausgeben können, wenn es die Finanzlage wieder gestattet. Ich habe aber, um nicht allzu optimistische Hoffnungen wach werden zu lassen, auf Grund meiner Kenntniß der Thatsachen darauf hinweisen zu sollen geglaubt, daß es doch immerhin einigermaßen zweifelhaft ist, ob die Vortheile so groß sind, daß so viele Millionen einerseits vom Staat, andererseits von den Unternehmern, den Gemeinden und Besitzern aufgewendet werden. Der

Hauptwerth des Kanals würde doch auf landwirtschaftlichen Gebiete liegen. Die Gewinnung von Wasserkraften für die Industrie würde durch Kanäle im Niederungsgebiet vielleicht leichter zu erreichen sein. Auf der großen Nachtheil, daß der oberrheinische Kanal 25 km hingeführt wird, ohne daß irgend Jemand einen Nutzen davon hat, habe ich bereits hingewiesen. Darüber kommen wir eben nicht hinweg. Von diesem Gesichtspunkt aus glaube ich schon jetzt darauf aufmerksam machen zu sollen, daß die Sache denn doch eine recht problematische ist.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat gemeint, ich hätte mich etwas mißgestimmt darüber beklagt, daß in dem Kommissionsbericht den Dank für den Nachlaß der Flußbaubeiträge zu vermissen sei. Einen Dank dafür habe ich nicht vermisst. Ich habe lediglich gesagt, es habe mich gewundert, daß in dem Augenblick, in dem die wichtige Frage der Aufhebung der Flußbaubeiträge, die einen großen Teil der Bevölkerung Jahrzehnte lang so sehr erregt hat, zum Abschluß gekommen sei, dieser Thatsache auch nicht mit einer kleinen Bemerkung im Kommissionsbericht gedacht worden sei. Nur das habe ich gesagt. Es ist meiner Ansicht nach keineswegs Aufgabe des Landtags, der Regierung für eine derartige Maßregel, welche ja vom Landtag selbst zusammen mit der Regierung beschlossen war, Dank zu sagen. Nunmehr ist übrigens jene Nichterwähnung hinreichend aufgeklärt, nachdem der Herr Abg. Hergt mitgetheilt hat, daß das deswegen nicht geschehen sei, weil ein Gesetzentwurf, der u. a. auch diese Materie regle, in Aussicht stehe und bei dieser Gelegenheit auf die Frage der Aufhebung der Flußbaubeiträge ausführlich eingegangen sein werde. Die Regierung wird wohl auch im Sinne des Hauses handeln, wenn sie es unterläßt, diesen Gesetzentwurf noch auf diesem Landtag vorzulegen. Der richtige Zeitpunkt dafür wird wohl dann gekommen sein, wenn die Regelung der Sache mit der Einbringung der neuen Steuergesetze dringlich geworden sein wird.

Der Herr Abg. Fehrenbach findet, daß die Regierung in ihrer Stellung zu der Frage einer Theilrevision des Gehaltstariers gegenüber den Amtsvorständen einerseits und den Bezirksgeometern andererseits eine verschiedene Haltung eingenommen habe. Es handelt sich aber hier um zwei doch sehr verschiedene Dinge. Bei den Amtsvorständen war eine Theilrevision nicht nothwendig. Es sollte nur die I. Gehaltsklasse der Amtsvorstände um einige Personen verstärkt werden. Ich bedauere auch heute noch die Ablehnung dieser Forderung. Ich freue mich aber, daß das Haus hinsichtlich der Geometer eine andere Stellung einnimmt, daß es bereit ist, für die Bezirksgeometer Nebengehalte zu bewilligen, die durchaus erwünscht und angemessen sind, Dienstzulagen von 200, 250, 300 M. pro Jahr. Man wird immerhin anerkennen müssen, daß mit diesen Nebengehalten und mit dem was sonst noch geschehen ist, die berechtigten Wünsche der Geometer, soweit zur Zeit thunlich ausreichend, erfüllt sind, d. h. soweit das überhaupt geschehen konnte, ohne eine Theilrevision des Gehaltstariers. Eine solche Theilrevision, die mir persönlich sehr lieb gewesen wäre und die ich auch beantragt hatte, ist vom Staatsministerium nicht angenommen worden, weil man dort meiner Ansicht nach mit Recht in Betracht zog, sie werde unbedingt zur Folge haben, daß für eine Anzahl anderer Beamtenkategorien, bei denen ähnliche Verhältnisse vorliegen, ebenfalls eine Theilrevision des Gehaltstariers in Anspruch genommen werde. Deswegen kam es auch für die Bezirksgeometer zu einer Theilrevision nicht, aber sachlich wurde den Wünschen der Geometer soweit möglich Rechnung getragen. Wegen

Die
Sa
beim
Dr.
Ebe
unb
trag
189
der
Def
2
mü
sre
Var
W

mit
geb
zu
stel
bel
s

We

Di
Be
he
Se
sel
S
an
fü
un
in
va
de
vi
bi
14
34
m
10
8

2
11
6

6

1
1
1

1

1
1
1

1

1
1
1

1

1
1
1

1

1
1
1

1

1
1
1

1

1
1
1

1

1
1
1

1

1
1
1

1

1
1
1

1

1
1
1

dieser großen Bedenken kann ich auch in diesem Moment keine Zusage nach dem Wunsche Ihrer Kommission dahin geben, daß schon auf dem nächsten Landtag eine Theilrevision für die Geometer erfolgen wird.

Abg. Dr. Wildens bemerkt, daß die Kommission nur deshalb die Aufhebung der Flußbaubeiträge nicht erwähnt habe, weil die gesetzliche Regelung zu erwarten war. Nachdem aber der Herr Minister erklärt hat, daß das Gesetz diesem Landtag nicht mehr vorgelegt werde, steht auch die Kommission gewiß nicht an, anzuerkennen, daß diese Aufhebung für die beteiligten Gemeinden eine entschiedene Wohlthat bedeutet, die mit Freuden begrüßt werden wird. — Es ist auch am Platze, hierbei des großen Segens zu gedenken, den die Rheinkorrektion für unser Land gebracht hat.

Die Ausführungen über die Frage der Erbauung eines Oberrheinkanals haben wir gewiß alle mit lebhaftem Interesse gehört. Das Haus hat aber doch wohl den Eindruck gewonnen, daß die Frage noch nicht spruchreif ist. Ob ein richtiges Verhältnis zwischen den Ausgaben und dem Nutzen eines solchen Kanals bestehen wird, scheint mir noch zweifelhaft zu sein. Solange dieser Zweifel nicht gehoben ist, wird an eine Ausführung nicht gedacht werden können. Ich bin aber damit einverstanden, daß die Frage im Fluß bleiben soll.

Die Erfahrungen mit dem Decksystem haben gezeigt, daß es unter allen Umständen eine sehr kostspielige Einrichtung ist. In der ersten Hälfte der Dauer der Decke wird sie in der That eine ganz gute sein, in der zweiten Hälfte wird sie aber sehr zu wünschen übrig lassen, so daß nichts anderes übrig bleiben wird als eben zu flicken. Das Decksystem bedeutet einen Fortschritt. Es kann aber nicht überall zur Anwendung kommen.

Daß die Remuneration der Kreise an das Inspektionspersonal künftig aus der Stadtkasse gezahlt werden, stellt sich als ein Entgegenkommen gegenüber den Kreisen dar. Auch die Inspektionsvorstände werden dieses Vorgehen wohl begrüßen, das dazu beitragen wird, ihnen eine selbständigere Stellung gegenüber den Kreisen zu geben. Bei den Subalternbeamten scheint dagegen die Freude nicht so groß zu sein. Sie haben die Befürchtung, daß sie weniger erhalten als seither von den Kreisen. Man wird aber hoffen dürfen, daß die Großh. Regierung ohne Noth eine Kürzung der Bezüge nicht wird eintreten lassen. Redner tritt weiter für die Wünsche der technischen Assistenten und der Kulturmeister ein. — Auf die Petition der Geometer will ich nicht eingehen. Ich muß aber hervorheben, daß die meisten Mitglieder der Budgetkommission wohl kaum besonders befriedigt sind von der Erklärung des Herrn Ministers. Der Grund des Antrags auf eventuelle Theilrevision auf dem nächsten Landtag liegt in der Befürchtung, daß sonst der Zugang zum Geometersach in einer Weise sich verschlechtern könnte, die den Interessen des Dienstes von Nachtheil wäre. Es waren also lediglich sachliche Rücksichten, die zu diesem Antrag führten. Diese Rücksicht auf das Interesse des Staatsdienstes sollte, scheint mir, denn doch dazu führen, daß man sich nochmals die Frage vorlegt, ob bei Verschiebung der allgemeinen Revision auf dem nächsten Landtag doch etwas zu Gunsten der Geometer geschehen sollte.

Hinsichtlich des Dossenheimer Steinmaterials kann ich mich dem Herrn Abg. Greiff anschließen. Auf eine Anfrage an die Generaldirektion, ob sie die Absicht habe, etwa Ausnahmetarife für bayrisches Material einzuführen, wurde erwidert, daß die Frage noch im Fluß sei. Man darf sich aber wohl der begründeten Hoffnung hingeben, daß auf die Interessen der einheimischen Industrie die nötige Rücksicht genommen werden wird. Außer dem Dossenheimer sind noch in letzter Zeit einige andere

Steinbrüche eröffnet worden, u. a. der Schriesheimer, der leider die landschaftliche Schönheit der Gegend beeinträchtigt.

Aus den Ausführungen des Herrn Ministers über die Wechnitzkorrektur war zu entnehmen, daß man hoffen darf, daß diese Angelegenheit bald ihrer Lösung entgegengehen wird. Die Regierung würde großen Dank ernten, wenn sie hier Abhilfe schaffen würde, die dringend notwendig ist.

Für die vom Abg. Mampel gewünschte Brücke Ziegelhausen-Schlierbach hat die Stadt Heidelberg momentan keine Mittel übrig, da dringendere Arbeiten, u. a. die Erweiterung der neuen Brücke in Heidelberg ihr bevorstehen. [Abg. Mampel: Das eine thun und das andere nicht lassen.] (Heiterkeit). Ganz gern, wenn sie uns das Geld dazu geben. Die landschaftlichen Reize einer Brücke zwischen Ziegelhausen und Schlierbach würden wohl keine großen sein. — Mit Bedauern habe ich von dem Herrn Oberbaudirektor gehört, daß es in Heidelberg außerordentlich viel regnen soll. Redner führt unter großer Heiterkeit mehrere statistische Zahlen an, um zu beweisen, daß das gar nicht der Fall sei.

Den Wunsch des Herrn Abg. Neuwirth nach Errichtung eines neuen Inspektionsgebäudes in Sinsheim möchte ich unterstützen.

Direktor der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus, Geh. Rath Honsell: Der Zugang zum Geometersach läßt neuerdings nichts zu wünschen übrig. In den verfloffenen Jahren herrschte wohl ein Mangel; das selbe war aber auch beim Ingenieursach wahrzunehmen. Schon in diesem Jahr aber hat sich beides gebessert.

Abg. Hug: In dem uns seinerzeit vorgelegten Verzeichniß derjenigen Inspektionsbezirke, in denen die deckenweise Landstraßenunterhaltung eingeführt ist, vermiffen wir die Bezirke Konstanz und Ueberlingen. Auf eine Anfrage bei der Regierung, wie es komme, daß man diese Bezirke auslasse, wurde die Antwort, der Straßenverkehr sei dort nicht so stark, es fehle an hartem Stein, und es empfehle sich nicht, dort die Dampfwalze zu verwenden. Später wird sich vielleicht doch auch hier die deckenweise Unterhaltung ermöglichen lassen.

Man hat seinerzeit zu dem Unternehmen eines Oberrheinkanals staatliche Initiative gefordert aus zwei Gründen:

1. sei es Pflicht des Staates, hier einzugreifen, und
2. sei der Staat allein in der Lage, ein so kostspieliges Unternehmen ins Werk zu setzen.

Die Pflicht begründete man mit dem Hinweis darauf, daß infolge der Rheinkorrektion der Grundwasserstand sich gesenkt habe, die Bodenfruchtbarkeit zurückgegangen sei; und was der Staat verschuldet — folgerte man — das muß er auch wieder gut machen. Nach Anhören der sachverständigen Ausführungen des Herrn Geh. Rath Honsell wird man diese Konstruktion nicht mehr aufrecht erhalten können. Die Pflicht des Staates jedoch möchte ich dennoch aufrecht erhalten unter Hinweis auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Kanals. Es ist allgemein bekannt, welche großen Vortheile die Rheinkorrektion brachte, schuf sie doch 10 000 ha Landes neu; diese Vortheile aber sollte man keineswegs gering schätzen, wenn man sich obiger Konstruktion anschloß.

Was den zweiten Punkt anlangt, so muß man zugeben, daß ein solches Unternehmen sehr hohe Kosten verursacht und daß man darum das selbe keiner Gemeinde, keiner Privatgesellschaft zumuthen kann. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß wir auch Eisenbahnen bauen mit sehr geringer Rente, und wenn wir dort uns allein von

vollwirthschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen, so dürfen wir hier nicht anders handeln. Was übrigens die Frage der Rentabilität dieses Unternehmens anlangt, hat die Regierung im Jahre 1896 ihre Ansicht geäußert, und auch der Kommissionsbericht von 1895/1896 beschäftigt sich mit dieser Frage. Man hat die zwei Eventualitäten erwogen: entweder dient der Kanal allein der Landwirtschaft oder aber er dient der Landwirtschaft und der Industrie zugleich. Im ersteren Fall schätzte man die Anlagekosten auf 14 1/2 Millionen, während man sich von ihm ein Mehrerträgniß von 367 400 M. versprach. Der Abg. Blankenhorn hob damals hervor, daß der Kanal nicht nur eine ansehnliche, sondern auch eine dänigende Wirkung haben werde, denn das Rheinwasser führe verschiedene stickstoffhaltige Bestandtheile mit sich. Die Regierungsbegründung hatte geglaubt, die durch den Kanal bedingte Bodenwerthserhöhung im Verhältnis von 2:3 ansetzen zu müssen, der Abg. Blankenhorn wies aber nach, daß das richtige Verhältnis 2:4, vielleicht sogar 2:5 sein werde. Die Folge der Kanalerstellung würde, wie man berechnete, die Neugewinnung von 3300 bewässerbaren Wiesen und die Vesserbewässerung von 2345 Wiesen sein. Entsprechend sei eine erhebliche Erhöhung des Viehstands der betreffenden Gegend zu erwarten. Der Kanal würde sonach eine außerordentlich segensreiche soziale Wirkung haben: der Wohlstand würde sich heben und die Anhänglichkeit der Bevölkerung an die Scholle würde wachsen. — Nahm man aber an, der Kanal werde der Landwirtschaft und der Industrie in gleicher Weise dienen, so hat die Regierung berechnet, daß sich 4800 Pferdekräfte gewinnen ließen, von denen allerdings wohl nur 1/3 thätiglich Verwendung fänden. Ich glaube nun, gestützt auf diese Erwägungen, daß dieser Kanal ein Werk von hoher Bedeutung wäre. Doch ist die gegenwärtige Zeit zu seiner Ausführung nicht geeignet, in günstigerer finanzieller Lage müssen wir den Gedanken aufgreifen, und dann wird wohl der Herr Minister mit den Staatsmitteln etwas freigebiger sein als heute, wo er nur 3 Millionen in Aussicht stellen zu können glaubt.

Der Aufhebung der Flußbausteuer geschah im Kommissionsbericht keine Erwähnung aus dem schon wiederholt hier vorgebrachten Grunde: man glaubte, die in Aussicht stehende Gesetzesvorlage abwarten und dann erst der Regierung Dank sagen zu sollen. Der Herr Minister hat die Grundzüge eines in Aussicht stehenden Gesetzes über die Binnenflüsse entwickelt und der Selbstverwaltung durch Schaffung besonderer Flußbauverbände ein weiteres Wirkungsgebiet eröffnen zu müssen geglaubt. Ich habe noch kein abgeschlossenes Urtheil über einen solchen Plan, es scheint nun aber ein dringendes Bedürfniß hierfür kaum vorhanden zu sein. Heute machen die staatlichen Techniker die Vorschläge und Pläne, diese werden dem Landtag vorgelegt, und wir beschließen darüber. Das ist doch auch Selbstverwaltung.

Ursprünglich nahm ich an, die im Budget angeforderte Summe zur Fortbildung der Ingenieure solle den Charakter von Reisestipendien haben. Der Herr Direktor der Oberdirektion hat mich aber darüber belehrt, daß sie eine erzieherische Aufgabe habe, daß sie wissenschaftliche Bestrebungen fördern solle. Daß in letzter Zeit aber keine solchen wissenschaftlichen Arbeiten geliefert wurden, das sei auf die Steigerung der Berufsgehalte zurückzuführen. In Zukunft sei eine Vesserung zu erwarten. — Mir ist auch diese Verwendungsart sympathisch, und ich werde die Summe auch gerne zu diesem Zwecke genehmigen.

Zum Schluß habe ich zu wiederholten Malen einen Lokalwunsch aus meinem Wahlbezirk vorzutragen. Die

Gemeinde Zinnenstadt bedarf einer Zufahrtsstraße zum Landungsflieg. Zu den hierdurch verursachten Kosten von 24000 Mk. soll die Gemeinde einen Beitrag von über 6000 Mk. bezahlen. Ich bitte im Namen der Gemeinde um Ermäßigung dieses Beitrags, falls die Analogie anderer Fälle dies zuläßt.

Direktor der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, Geh. Rath Honsell: Ich glaube nicht in Aussicht stellen zu können, daß für die nächste Zeit in den Bezirken Konstanz und Ueberlingen die bedenkliche Straßenerhaltung zur Einführung gelangen wird. Denn die Gründe, die uns bisher hiervon abhielten, bestehen fort: sie liegen einerseits in dem bescheidenen Verkehr auf allen Straßen der Seegegend und andererseits in dem Umstand, daß fast ausschließlich Kies zur Beschotterung verwendet wird. Die glatten, runden Steine eignen sich weniger gut zum Einwalzen. Für die wenigen verkehrsreicheren und mit Steingeschlag unterhaltenen Straßenstrecken wären die Kosten des Walzentransports zu hoch.

Die Frage des Straßenbaus in Zinnenstadt schwebt jetzt schon seit dem Jahre 1875. So lange schon habe ich es immer bedauert, daß die Gemeinde Zinnenstadt nicht dafür zu haben war. Das in Frage stehende Stück soll als Landstraße gebaut werden, aber die Gemeinde ist nicht bereit, den gesetzlichen Beitrag zu leisten. Unmählich ist sie zwar in die Höhe gegangen, und wenn sie noch etwas mehr Bereitwilligkeit zeigt, so wird das Projekt schließlich doch noch ausgeführt. Bei uns ist immer noch die gleiche Geneigtheit vorhanden.

Abg. Herth: Die Wünsche der Landstraßenwarte kann ich der Regierung nur zur Berücksichtigung empfehlen. Ich habe dabei besonders die Straßenwarte im Schwarzwald im Auge, die unter den Bitterungsverhältnissen viel mehr zu leiden haben als ihre Kollegen in der Ebene. Man denke nur an die Mähen und Beschwerden, die ihnen das Offenhalten der Schneebahn im Winter verursacht! Man hört vielfach Klagen darüber, daß sie zum Theil ihre Werkzeuge selbst stellen müssen. Eine solche Forderung stellt sonst kein Betrieb an seine Arbeiter. Ich bitte um Abhilfe.

Die Straße von Wolfach nach Nippoldsau befindet sich nicht immer in wünschenswerthem Zustand. Ihre Verhältnisse sind dem gesteigerten Verkehr durchaus nicht mehr entsprechend. Früher vermittelte die Fischerei den Holzverkehr, seit aber durch das Hochwasser von 1893 die Fischereieinrichtungen zerstört sind, wird die Straße zum Fortschaffen der Hölzer benützt, und zwar pflegt man recht schwere Lasten zu befördern, was bei dem starken Gefäll wohl möglich ist. Hierunter leidet die Straße aber sehr noth. Ich bitte, möglichst bald eine Vesserung eintreten zu lassen. — Oberhalb Wolfach befindet sich ein Stück der Straße, das bei jedem Hochwasser überfluthet wird, wodurch auch Wolfach in Mitleidenchaft gezogen wird. Es empfehle sich eine Erhöhung der Straße, und da die in Betracht kommende Strecke nur kurz ist, würden die Kosten nur gering sein. Auch diesem Mißstand bitte ich die Großh. Regierung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Abg. Eber erklärt sich als entschiedener Gegner des Fließsystems, das für Straßen mit lebhaftem Verkehr unter keinen Umständen passe. — Redner kommt auf seine Bemerkungen über das Doffenheimer Steinmaterial zurück und bemerkt u. a., daß die Steine jetzt deshalb schlechter seien als früher, weil sie nicht mehr mit der Hand zerfleinert werden. Von der Einführung von Motorwagen ohne Gleise auf den Landstraßen verspricht er sich nicht viel.

Abg. Dr. Heimburger gibt seiner Anerkennung über die Aufhebung der Flußbaubeträge Ausdruck, für die er

raite
von
t zu

8

eine
reß-
be-
iter

ge
en

2,

immer eingetreten sei. Diese Aufhebung wird in der That in vielen armen Gemeinden als große Wohlthat begrüßt werden.

Auch das Deck- und Fließsystem ist früher ein Lieblingsthema von mir gewesen. Herr Abg. Dreher ist wohl im Irrthum, wenn er meint, die Resultate beim Fließsystem seien besser gewesen, und weiter, wir hätten Straßen, auf die wir im Vergleich zu andern Ländern stolz sein könnten. Gerade im Hinblick auf die Straßen der Nachbarländer hat man ja die Einführung des Decksystems verlangt.

Wenn man in der Gegend des Herrn Abg. Seppert meint, wenn die betreffende Straße in der Nähe der Residenz läge, dann würde sie wohl anders aussehen, so könnte ich demgegenüber auch auf Straßen in der Umgegend von Karlsruhe hinweisen, die durchaus nicht so sind, wie sie sein sollten, was aber kein Tadel gegen die Regierung sein sollte.

Daß das Decksystem theurer ist wie das Fließsystem, ist natürlich, die höhere Aufwendung ist aber gerechtfertigt.

Der Herr Minister hat sich mit einem Ton des Vorwurfs gegen die Unbescheidenheit gewendet, die eigentlich in der Petition der Geometer liege. Es ist schon von anderer Seite darauf hingewiesen worden, wie sie dazu gekommen sind. Es ist dem Herrn Minister aber nicht gelungen, nachzuweisen, daß jene Revision zu Gunsten der Amtsvorstände keine Revision, die zu Gunsten der Geometer dagegen eine Revision sei. — Die Frage der Erbauung eines Oberrheinkanals sollte wohlwollend geprüft werden. Auf jeden Fall wäre der Bau des Kanals durch den Staat vorzuziehen, denn dann würde er jedenfalls in rationeller Weise betrieben werden.

Abg. Dreher betont nochmals den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Trockenheit des Bodens und der Liederlegung des Rheinbetts. Durch Bewässerung würden weite Flächen jetzt ertraglosen Wiesenlandes eine Steigerung ihres Ertrags und damit des Werthes erfahren.

Gegenüber den Abgg. Eder und Heimbürger bemerkt Redner, daß er kein Gegner des Decksystems sei, daß er nur im Anschluß an den Herrn Oberbaudirektor bemerkt habe, es eigne sich nur für Straßen mit großem Verkehr. Daß wir auf unsere Straßen stolz sein können, dabei bleibe ich auf Grund meiner Kenntniß der Straßen unserer Nachbarländer. Ich glaube, wir haben hier einen Vergleich mit den Nachbarländern nicht zu nehmen.

Abg. Bergt weist im Schlußwort darauf hin, daß er in seinem einleitenden Vortrag ausdrücklich gesagt habe, daß über die Aufhebung der Flußbaubeiträge später gesprochen werden würde. Ich hatte dabei die Verathung der angekündigten Gesetzesvorlage im Auge. — Auf eine Theilrevision zu Gunsten der Geometer hat die Kommission nur ungern verzichtet, weil die Dienstzulagen nicht pensionsfähig sind. Aus diesem Grunde wünscht sie auch eine Theilrevision auf dem nächsten Landtag, um die Dienstzulagen pensionsfähig zu machen. Diesen Wunsch glaube ich aufrichtig erhalten zu müssen. — In allen andern Punkten ist der Standpunkt der Kommission überall getheilt worden. — Die beste und wirksamste Anerkennung der vorzüglichen Verwaltung unseres Wasser- und Straßenbaus besteht wohl darin, daß wir das Budget unverändert annehmen. In diesem Sinne wiederhole ich den Antrag der Kommission.

Die Sitzung wird um 8 Uhr abgebrochen.

Die
Sa
heim
Dr.
Geb
unt
trag
189
der
Bel
mü
stre
San
M

mit
geb
an
für
bel

Ge

Di
Pe
bel
Se
iel
E
an
für
un
in
ve
de
vi
vi
14
34
m
pe
3

Ca
m
e

ite
lon
gii

ne
ge
de
ter

ve
n